



Gentechnik, Gifte Sammelthema

MAUS - 9.10.2006 um 15:51

Vielleicht interessiert das ja wen, auch wenns etwas kurzfristig ist.

Wann: heute 23.15 - 00.50Uhr

Wo: WDR

[B]Leben außer Kontrolle - Von Genfood und Designerbabies [/B]

Terje Traavic, Professor für Biologie, Institut für Gen-Ökologie, Tromsø/Norwegen. Gentechnik ist eines der wichtigsten Themen unseres Jahrhunderts. Der Film von Bertram Verhaag und Gabriele Kröber zeigt auf, dass die Risiken und Gefahren der Genmanipulation bislang noch nicht abschätzbar sind. Weder an Pflanzen noch an Tieren oder gar am Menschen.

Kanada: Hier werden seit Jahren großflächig genmanipulierter Raps und Soja angepflanzt. Percy Schmeiser gehört zu denjenigen kanadischen Farmern, die herkömmlichen Raps anbauten - bis ein starker Sturm während der Erntezeit genmanipulierten Raps auf Schmeisers Felder wehte. Raps, der von der US-Firma Monsanto patentiert wurde. Seitdem prozessiert Monsanto gegen Schmeiser wegen widerrechtlichem Anbau des von ihr patentiertem Saatguts.

In Indien stehen viele kleine Bauern vor dem Ruin, weil ihnen die 2002 erstmals zugelassene gentechnisch veränderte Baumwolle von Monsanto eine katastrophale Ernte beschert hatte. Als einzigen Ausweg aus der Schuldenfalle sehen Tausende von Bauern nur noch den Selbstmord. Die promovierte Physikerin, Autorin und Kämpferin für die Umwelt Vandana Shiva engagiert sich seit mehr als 20 Jahren für die indischen Kleinbauern und die Erhaltung der biologischen Artenvielfalt. Sie sammelt traditionelles Saatgut und gibt es an Bauern weiter. Vandana Shiva ist strikt gegen jegliche Patentierung von Nahrungsmitteln. Mit privatem Geld hat sie vor etwa 15 Jahren die Versuchsfarm NAVDANYA gegründet.

Die kanadische Firma "Aqua Bounty" steht kurz vor der Marktzulassung ihrer sterilen, genmanipulierten Riesenlachse. Kann der Verzehr von "Genfood" chronische Krankheiten und die Schwächung des Immunsystems hervorrufen? Das vermuten zumindest einige Wissenschaftler. Nur wenige Wissenschaftler erforschen unabhängig von der Finanzierung durch private Unternehmen die Auswirkungen transgener Tiere und Pflanzen auf die Umwelt und Gesundheit, so wie der Norweger Terje Traavic.

Seit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms scheint die Heilung von Krankheiten wie Multiple Sklerose, Diabetes oder Alzheimer in greifbare Nähe gerückt. [B]Man sucht nach Genen für Kriminalität, für Depressionen oder für Alkoholismus. Die Reproduktionsindustrie wirbt mit einer genetischen Analyse für das "perfekte" Kind[/B]. (@ Maria und Arne *g* das erinnert mich ja nun stark an die Bewahrer, da müßten die doch voll drauf abgehen - ach ja @ alle Unity I-III lesen nicht vergessen ☐)

Auf Island ist eine große Datenbank entstanden, die im Besitz einer privaten Firma ist: Blutproben, DNS-Analyse und vorliegende Patientendaten aller Isländer sollten hier gesammelt werden. Die Zuordnung bestimmter Gene zu verschiedenen Erb- oder auch Volkskrankheiten soll so ermöglicht werden. Die Schweizer Firma F. Hoffmann-La Roche stellte für die Identifizierung von Genen, die für bestimmte Krankheiten verantwortlich sind, 200 Mio. \$ in Aussicht - allerdings erst bei erfolgreicher Datenlieferung.

Der Einfluss der Gentechnologie auf unser Leben nimmt zu - und oft sind wir uns dessen nicht bewusst. Gentechnologie: Eine Chance oder ein riskanter Eingriff in unser Leben? Für Bertram Verhaag fällt die Antwort eindeutig aus: [B]Ein gigantischer Menschenversuch ohne Kontrollgruppe [/B]

... - 10.10.2006 um 09:24

Ja, Shit, jetzt is´es auch zu spät!

HëllRÆZØR - 10.10.2006 um 15:44

Eigentlich wollt' ich's mir ja auch ansehen, aber dann hab' ich mal wieder was in den unendlichen Weiten des world wide web gefunden, was mich dann doch am Rechner festgehalten hat...

MAUS - 10.10.2006 um 18:07

Habe es dann doch auch aufgenommen, da reale menschliche Kontakte dazwischen gekommen sind. Davor kam noch ne Doku, die hab ich mir schon angeschaut, echt krass... Da ging es um einen Ami-Konzern, der Schweine-DNS patentieren lassen will. Damit hätte er dann so ungefähr die weltweite Kontrolle über Schweinefleisch. Natürlich baut der auch fleißig Genfutter an, und hat da schon nen großen Teil der Rancher und Landwirte unter Kontrolle. Das erklärte Ziel ist, Konkurrenz auszuschalten, und dann die weltweite Kontrolle über jegliche Lebensmittel zu erlangen, welche natürlich gentechnisch verändert werden sollen. Tja, wird immer besser auf unserer tollen Welt... Ach ja, und die Menschen, die nun schon seit Jahren sein tolles Futter an ihre Tiere weitergeben, klagen über Geburtenrückgang, aber ach was solls, solange der Zusammenhang nicht eindeutig bewiesen werden kann... Echt zum kotzen, im wahrsten Sinne des Wortes!

... - 11.10.2006 um 03:48

Es ist ja auch so, dass die Konzerne an die Bauern nur noch Weizen z.B. verkaufen, der sich nicht selbst reproduziert. D.h., die sind dann immer darauf angewiesen, den Samen neu zu kaufen bei der Firma.

Was in der Lebensmittelbranche schon alles an Versuchen der Monopolisierung läuft, halte ich auch für sehr bedenklich. Da wird etwas wenig drauf geschaut imo gerade hier in Europa!

Ina - 11.10.2006 um 14:59

Na immer noch besser, er kann sich nicht reproduzieren, als dass er nach und nach alle Ökosysteme durchsetzt. Aber das ist nur eine Frage der Mutation, es lässt sich niemals ausschließen, dass sowas nicht doch mal die Fortpflanzung schafft.

Ich hab ja auch noch in der Schule gelernt, das das Zeug total harmlos sei und so. Aber was ich wirklich beunruhigend fand, war die eigentlich nur am Rande erwähnte Tatsache, dass das veränderte Erbgut nicht einfach bloß durch den Verdauungstrakt geht und fertig, sondern es tatsächlich in den Organen und sogar in der DNS von Lebewesen, die genmanipuliertes Futter gefressen hatten, nachgewiesen wurde. Und das anscheinend schon in den 80ern - wenn ich mich recht erinnere - als das alles nur Laborspielereien waren. Das hatte dieser Forscher erzählt, der ausgestiegen war, als ihm langsam aufging, dass das Ganze echt mal was mit der realen Umwelt draußen zu tun haben wird.

Und so kann ja echt alles draus werden, Krebs oder ganz neue Krankheiten.

Wenn die solche Befunde haben, versteh ich echt nicht, warum man da noch so schlechte Argumente wie "Gott will nicht, dass wir mit der Schöpfung spielen" oder "Lebewesen dürfen nicht als Maschinen betrachtet werden", die in der Doku meistens vorgebracht wurden, ins Feld führen muss.

Schadet der Sache dann doch nur.

Aber vielleicht sind diese anderen Zusammenhänge vielen schon zu wissenschaftlich und man überredet die Leute besser emotional...

Was die genetisch perfekt ausgestatteten Kinder angeht, ja, das geht schon länger so und es wird weiter vorwärtsgehen damit, deshalb hab ich ja bei der Bewahrerdiskussion mit sowas angefangen.

Zu der Sache mit der Unfruchtbarkeit noch: da kam zeitgleich zu der Schweinedoku auf dem SWR ne Doku über Alltags-Chemikalien (Plastikweichmacher etc.) und dass man da bei den meisten kaum was über die Nebenwirkungen wüsste. Und eine davon dürfte eine hormonelle Wirkung sein, die Männer steril macht oder auch dafür verantwortlich sein könnte, dass in manchen Ökosystemen immer mehr Zwitter vorkommen.

Aber klar, die Lobby der chemischen Industrie ist stärker als die Umweltschützerlobby und etwas wirklich so gänzlich unangreifbar wissenschaftlich zu beweisen, dass die da keinen Einwand mehr finden, dauert lang und kostet Geld (ein paar Statistiken oder Seen mit Zwitterfischen tuns da nicht) so dass das Zeug auf nicht absehbare Zeit fröhlich weiterverwendet werden wird.

Ich konnte mir da freilich ein paar gedankliche Bemerkungen zum Thema "Selbstregulierung der aus dem Ufer gelaufenen Tierart" nicht verkneifen - aber dass die dabei auch noch den Rest der Welt in den Abgrund reißen muss, ist schon zum Kotzen.

... - 12.10.2006 um 04:28

Ach, um den Rest der Welt mache ich mir da keine Sorgen, es gibt genug Lebensarten, wo die Evolution viel schneller von statten geht als bei so etwas langlebigen wie dem Menschen.

Und Unfruchtbarkeit muss ja nun wirklich nichts negatives sein bei der Menschheit.

roccologic - 12.10.2006 um 21:35

hab mal eben auf "doku dl am" nach der doku gesucht, hab aber nur "Leben ausser Kontrolle - Von Saatgut und Saatgutmultis" gefunden, aber vielleicht kommt die doku noch :13:

MAUS - 13.10.2006 um 13:19

Zitat

Original von Maria

Wenn die solche Befunde haben, versteh ich echt nicht, warum man da noch so schlechte Argumente wie "Gott will nicht, dass wir mit der Schöpfung spielen" oder "Lebewesen dürfen nicht als Maschinen betrachtet werden", die in der Doku meistens vorgebracht wurden, ins Feld führen muss.

Schadet der Sache dann doch nur.

Aber vielleicht sind diese anderen Zusammenhänge vielen schon zu wissenschaftlich und man überredet die Leute besser emotional....

Ja, das ist mir auch unangenehm aufgestoßen, andererseits gibt es so viele Leute, die an Gott (welchen auch immer) glauben, daß es vielleicht gar nicht mal schlecht ist, auch diese Argumentation mit einzubeziehen. Zumal ja Bush sich auf Gott beruft, gleichzeitig aber uns Europäer auffordert, endlich den Widerstand gegen Biotechnologie aufzugeben. In der Schweinedoku haben sie auch darauf verzichtet, oder es war so minimal, daß es mir nicht aufgefallen ist.

Zitat

Original von Maria

Zu der Sache mit der Unfruchtbarkeit noch: da kam zeitgleich zu der Schweinedoku auf dem SWR ne Doku über Alltags-Chemikalien (Plastikweichmacher etc.) und dass man da bei den meisten kaum was über die Nebenwirkungen wüsste. .

Da habe ich mich vor ein paar Tagen noch mit nem befreundeten Elternpaar drüber unterhalten, die auch entsetzt feststellen mußten, daß ausgerechnet für Babyschnuller so Plastikweichmacher verwendet wird, der u.a. krebserregend sein soll.

Ina - 13.10.2006 um 14:32

Tja, back to Daumen ☐

Und was "Gott" angeht. Der ist argumentationstechnisch äußerst strapazierfähig und will doch die Vorherrschaft seines auserwählten amerikanischen Volkes in allen Bereichen.

hopeless - 14.10.2006 um 17:12

was macht synthetische dna im blut? :

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21517/1.html>

...und ich bin schon froh, dass ich den schinken im kühlschrank liegen lassen darf, jetzt wo wir ne israelische mitbewohnerin haben ☐

... - 16.10.2006 um 01:51

Ist irgendwas mit anonym.de im Arsch?

Ich finde keinen Link, weil der anonym.de nicht findet????

Und vertu´Dich mal nicht, @hopeless, ich lebe seit Jahren mit ´nem Halbtürken zusammen, der ißt nur das, was vom Schwein ist, sonst packt der nix an!

hopeless - 16.10.2006 um 10:09

meinst du ick werd zun türken, wenn ick nur schweinchen futtere? bei frau birnstiel brauch ich mir keine sorgen zu machen, die trinkt daheim auch mal dosenbier.. nur ihr komischer kaffee schmeckt irgendwie pervers. wegen dem link hätt ich dir ja beinahe kopieren und einfügen empfohlen.

... - 17.10.2006 um 02:43

Ja ja, sich über alte Menschen lustig machen, die noch ohne PC groß geworden sind.

Zu meiner Schulzeit haben wir in Informatik noch mit Pascal gearbeitet und in der Bank später hatten wir nur RPG 3. Da gab's noch kein Windows und C 64 war das modernste, was es gab.

@topic:

Fänd'ich heiß, wenn wir alle bald synthetische Qualitäten annehmen könnten.

Ich fand die Borgs immer schon faszinierender als Menschen.

hopeless - 17.10.2006 um 13:04

(tja, pascal hab ich aber auch noch gelernt.)

... - 18.10.2006 um 04:10

Bei Euch kam ja eh alles zwanzig Jahre später! :D

MAUS - 25.10.2006 um 14:24

Ernährungsmediziner warnt vor Genfood

Gentechnische Veränderungen von Pflanzen können zu einer erheblichen Veränderung im Primär- und Sekundärstoffwechsel führen, was verheerende Folgen für die stoffliche Zusammensetzung der Pflanzen haben kann. Darauf hat der Berliner Ernährungsmediziner Dr. Ralf Hilbert hingewiesen.

Insbesondere pflanzliche Hilfsstoffe wie Hormone, Spurenelemente und pflanzliche Phenole, auf die der Säugetierorganismus angewiesen sei, weil er sie selber nicht produzieren könne, könnten fehlen oder in nur geringeren Konzentrationen in den Pflanzen vorhanden sein. Das alles, so Hilbert, habe langfristig Konsequenzen für das reibungslose Funktionieren des tierischen beziehungsweise menschlichen Organismus. "Aber eben langfristig - es kann Jahre dauern, bis 'die Bombe explodiert'." Dies nachzuweisen sei äußerst schwierig und bedürfe sehr aufwendiger Studien, die momentan keiner finanzieren wolle. Hilbert äußerte sich in einem Interview in der Oktober-Ausgabe der Berliner Umweltzeitung "Der Rabe Ralf".

Über die Folgen für den menschlichen Organismus gibt es dem Mediziner zufolge nur sehr wenige Daten, weil die aufwendigen Untersuchungen dazu von staatlichen Stellen "nicht gefördert, teilweise sogar boykottiert" würden. Durch seriöse Untersuchungen ist laut Hilbert nachgewiesen worden, dass es zu Fehlgeburten, zu einer dramatischen Verstärkung der Allergieneigung, zu Nierenschäden, zu Blutbildveränderungen bis hin zu Blutkrebs und zu systemischen Vergiftungen kommen kann. Beispielsweiseae würden gentechnisch produzierte pflanzeneigene Fraßschutzgifte im Magen nicht gespalten und könnten chemisch völlig unverändert über die Darmschleimhaut in den Organismus gelangen.

Der Ernährungsexperte forderte die KonsumentInnen auf, sie sollten "alle Unternehmen, die diese Entwicklung unterstützen oder gar mit diesem gefährlichen Betrug Geld verdienen, schlichtweg boykottieren."

Gesamtes Interview:

<http://www.kommunikationssystem.de/read.php?id=25020>

MAUS - 31.10.2006 um 03:17

30.10.2006

[B]Greenpeace entdeckt Genreis im Hamburger Hafen

Im Hamburger Hafen wird nach Angaben von Greenpeace gentechnisch veränderter Reis gelagert. [/B]

Das Reishandelsunternehmen Euryza habe dies bestätigt und angegeben, dass der Genreis LL601 des Pharma- und Agrarkonzerns Bayer womöglich zur weiteren Verwendung als Nahrungsmittel exportiert werden solle, teilte die Umweltorganisation am Montag mit. Die Umweltschützer forderten, die betroffenen Lagerbestände umgehend zu vernichten.

In den vergangenen Wochen waren bundesweit aus Supermärkten Euryza-Reisprodukte entfernt worden, nachdem Spuren der zum Handel nicht zugelassenen Genreis-Sorte festgestellt worden waren. Nach einem anonymen Hinweis auf

eine Lagerhalle im Hamburger Hafen hatte Greenpeace nach eigenen Angaben auf dem Parkplatz des Geländes Reiskörner gefunden. Eine Laboranalyse habe bestätigt, dass es sich um Genreis handelt. "Es droht eine globale illegale Kreislaufwirtschaft mit Genreis", erklärte der Greenpeace-Experte Christoph Then. Exportierter Genreis könne erneut mit konventionellem Reis vermischt und mit neuer Verpackung wieder auf den Markt gebracht werden. Die Umweltschutzorganisation forderte, die Firma Bayer für die entstandenen Schäden in Haftung zu nehmen.

Schon jetzt habe Genreis erhebliche wirtschaftliche Schäden allein auf dem deutschen Markt verursacht, teilte Greenpeace mit. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen gehe hervor, dass der Bundesverband der Hersteller von Nahrungsmitteln aus Getreide und Reis den durch Rückrufaktionen und Lagerungen entstandenen Schaden für die Lebensmittelbranche auf rund zehn Millionen Euro schätzt. Rund 10.000 Tonnen Reis seien den Schätzungen zufolge in Rückrufaktionen vom deutschen Markt genommen worden.

<http://www.gmx.net/de/themen/gesundheit/ernaehrung/gesund-ernaehren/3132910.cc=000000185900031329101UZmlA.html>

MAUS - 25.11.2006 um 14:21

[B]Geringe Haftung für Genpflanzen [/B]

Forscher sollen nur direkte Nachbarn entschädigen. Neue Gen-Versuche angekündigt
BERLIN ap/dpa Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) will die Forschung zur Gentechnik in der Landwirtschaft erleichtern. Nach dpa-Informationen plant er, dass ein Anspruch auf Haftung des Anbauers bei Experimenten mit genmanipulierten Pflanzen nur noch für den unmittelbaren Nachbarn gelten soll. Das gehe aus einem Vorschlag für Eckpunkte des Ministeriums hervor. Wegen der Haftungseinschränkung bahnt sich ein Koalitionsstreit an: Die SPD kritisiert die Seehofer-Pläne.

Bereits in der kommenden Woche soll erstmals seit zwei Jahren in der Bundesrepublik wieder gentechnisch veränderter Weizen angebaut werden. Das bestätigte eine Sprecherin des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben in Sachsen-Anhalt. Umweltschützer und Bauernverbände protestierten. "Die Genehmigung ist eine klare Absage an Risikoversorge", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Die Gentechnik-Expertin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Annemarie Volling, sprach von einem "Schlag ins Gesicht für die deutsche Lebensmittelwirtschaft". Das Umweltinstitut München kündigte Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Spitzenbeamte des Bundesamtes wegen "Parteinahme für die Agro-Gentechnik und Befangenheit" an.

Die FDP begrüßte dagegen den Probeanbau als "gutes Signal für den Forschungsstandort Deutschland". Seehofer hatte den Versuch am Donnerstagabend im Bundestag ebenfalls verteidigt. Ein neues Gentechnikgesetz soll noch 2006 ins Kabinett eingebracht werden. Auf dem Gelände des Leibniz-Instituts ist bis 2008 geplant, auf 1.200 Quadratmetern 11.200 genveränderte Winterweizenpflanzen anzubauen.

taz vom 25.11.2006, S. 6, 59 Z. (Agentur)

<http://www.taz.de/pt/2006/11/25/a0098.1/text>

MAUS - 5.12.2006 um 13:55

[B]Gentech-Kartoffel muss warten[/B]

BERLIN taz Der Chemiekonzern BASF darf seine gentechnisch veränderte Industriekartoffel "Amflora" vorerst nicht anbauen. Die EU-Mitgliedsstaaten konnten sich gestern im Ständigen Ausschuss nicht auf eine gemeinsame Linie bei der Zulassung der BASF-Kartoffel mit der veränderten Stärkezusammensetzung einigen. Die EU-Kommission hatte sich zuvor für eine Genehmigung ausgesprochen. Damit diese rechtskräftig wird, müssen jedoch auch die Mitgliedsstaaten zustimmen. Zwar waren elf Länder für die Zulassung, neun stimmten dagegen, doch für die erforderliche qualifizierte Mehrheit reichten die Stimmen nicht aus. Jetzt muss innerhalb von drei Monaten der EU-Ministerrat ein Votum abgeben. Kommt auch hier keine qualifizierte Mehrheit zustande, kann die EU-Kommission die Zulassung erteilen. WLF

taz vom 5.12.2006, S. 8, 29 Z. (TAZ-Bericht), WLF
<http://www.taz.de/pt/2006/12/05/a0113.1/text>

... - 6.12.2006 um 04:03

So, kann mir mal einer die Logik erklären.

Die Mitgliedsstaaten sind nicht dafür, wenn jetzt auch noch der Ministerrat dagegen ist, kann die EU - Kommission die Genehmigung erteilen.

Und wenn die Mitgliedsstaaten dafür sind, muss die EU - Kommission die Genehmigung verweigern, oder was????

Wer behauptet eigentlich noch, dass wir auch nur annähernd in einer Demokratie leben würden???

MAUS - 6.12.2006 um 12:30

Ja ist richtig interessant, nicht wahr... würde mich auch nicht wirklich wundern, wenn die das eh schon irgendwo anbauen...

... - 6.12.2006 um 23:39

Aber nur, wenn alle demokratische gewählten Gremien dagegen sind!

MAUS - 7.12.2006 um 02:37

:37: das ist natürlich Grundvoraussetzung...

HellRÆZØR - 7.12.2006 um 04:54

Heißt das jetzt, wir sollten das befürworten?!?

... - 7.12.2006 um 22:56

Nö, interessiert auf deutsch gesagt, wohl in der EU keine Sau, was die Bevölkerung sagt, oder was die demokratisch gewählten Gremien sagen.

MAUS - 9.12.2006 um 06:40

[B]Greenpeace-Sieg gegen Monsanto[/B]

KÖLN taz Die Umweltorganisation Greenpeace ist berechtigt, eine Tierversuchsstudie der Firma Monsanto im Rahmen eines Zulassungsverfahrens für Genmais aus den USA einzusehen. Das entschied am Donnerstag das Verwaltungsgericht Köln. Monsanto hatte zum Nachweis der medizinischen Unbedenklichkeit eine Rattenfütterungsstudie vorgelegt. Als Greenpeace die Studie einsehen wollte, versuchte der Konzern dies im April 2005 im Eilverfahren zu stoppen, scheiterte jedoch schon damals, weil laut Gericht Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht für Erkenntnisse über Gesundheits- und Umweltschäden gelten dürften. Auch jetzt entschieden die Richter, die Herausgabe der Studie an Greenpeace sei nicht rechtswidrig gewesen. **SUG**

taz NRW vom 9.12.2006, S. 2, 26 Z. (TAZ-Bericht), **SUG**

<http://www.taz.de/pt/2006/12/09/a0020.1/text>

MAUS - 16.12.2006 um 14:42

[B]Brüsseler Anschlag auf "Bio"[/B]

Klaus Faißner 14.12.2006 23:18 Themen: Biopolitik Globalisierung Ökologie

Am kommenden Dienstag, den 19. Dezember, wird beim EU-Ministerrat über eine neue EU-Bio-Verordnung abgestimmt – ohne Zustimmung des EU-Parlamentes soll „Bio“ verwässert und Gentechnik-Verschmutzung durch Pollenflug offiziell zugelassen werden.

„Bio“ ist gefragt wie nie zuvor. Noch nie haben so viele Verbraucher zu Lebensmitteln aus ökologischem Anbau gegriffen, die Umsatzzuwächse bewegen sich im zweistelligen Bereich. Nicht zuletzt die strengen Bio-Kontrollsysteme in Österreich und Deutschland mit ihren klaren Richtlinien haben dazu beigetragen, dass die Verbraucher hohes Vertrauen in Bio-Produkte haben.

Doch dieses Vertrauen könnte durch die Novelle zur EU-Bio-Verordnung, die am Dienstag, den 19. Dezember, im EU-Agrarministerrat beschlossen wird, nachhaltig erschüttert werden. Bereits beschlossen wurden im „Sonderausschuss Landwirtschaft“ die (WTO-konformen) Importregelungen für Bio-Produkte aus Nicht-EU-Staaten. Hier wird es am Dienstag zu einer „Abstimmung ohne Diskussion kommen“, wie es aus dem österreichischen Landwirtschaftsministerium heißt.

Namhafte Vertreter deutscher Bio-Verbände warnten bis zum Schluss vor „einer Verschlechterung für die Verbraucher“. Grund: Die Kompetenz für die Kontrollen soll von den Nationalstaaten hin zur EU-Kommission wandern, die aber zu wenig Kapazitäten haben dürften, dies zu überprüfen.

[B]0,9 Prozent Gentechnik in Bio-Produkten? [/B]

Noch weitreichendere Folgen dürfte aber der zweite Teil der Tagesordnung haben: Über die EU-Bio-Verordnung soll eine politische Einigung erzielt werden, ohne eine Stellungnahme des EU-Parlaments abzuwarten. Dies war bisher erst einmal bei der Zuckermarktreform der Fall, was zu heftigen Protesten des EU-Parlamentes geführt hat. Der strittigste Punkt ist die offizielle Angleichung des Gentechnik-Kennzeichnungs-Grenzwertes für Bio-Produkte an konventionelle Produkte. Konkret heißt das, dass Bio-Ware bis zu 0,9 Prozent mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kontaminiert sein darf, ohne dies kennzeichnen zu müssen. Zwar gilt dieser Grenzwert „nur“ für eine „zufällige und technisch nicht vermeidbare“ Kontamination von außen – etwa durch Pollenflug – und dürfen Bio-Bauern und Bio-Verarbeiter weiter keine GVO selbst verwenden. Aber der Konsument wird künftig im Dunklen gelassen. Die Gewissheit, garantiert gentechnikfreie Produkte (in Österreich galt bisher der Grenzwert an der Nachweisgrenze von 0,1 Prozent) einzukaufen, würde somit wegfallen. 0,9 Prozent „Verschmutzungserlaubnis“ in Bio-Produkten würde natürlich auch der Gentechnik in der Landwirtschaft Tür und Tor öffnen – denn sobald GVO freigesetzt werden, kommt es zur Gentechnik-Kontamination, wie zahllose Studien belegen. In Österreich wurden beispielsweise noch nie GVO freigesetzt.

Verwunderlich stimmt daher die Stellungnahme von Bio-Austria, dem Dachverband der österreichischen Bio-Verbände: „Wir sind unter bestimmten Bedingungen bereit, diesen gemeinsamen Kennzeichnungs- und Vermarktungs-Grenzwert mit konventionellen Produkten mitzutragen“, erklärt Thomas Fertl, der von Bio Austria vor kurzem für die Koordination der agrarpolitischen Arbeit verpflichtet wurde. Die Bedingungen lauten: Das Saatgut muss sauber bleiben und jede Gentechnik-Verunreinigung beispielsweise durch Pollenflug, die vermeidbar gewesen wäre, muss als illegal geahndet werden. Eine derartige Regelung müsste aber in anderen EU-Gesetzestexten erfolgen und ist sicher nicht in allernächster Zeit zu erwarten.

[B]EU-Logo wird Pflicht [/B]

Außerdem soll das bislang unbekannte EU-Logo verpflichtend auf alle Bio-Erzeugnisse kommen. Zwar konnten Interventionen zahlreicher Mitgliedsstaaten verhindern, dass die nationalen Logos nicht mehr verwendet werden dürfen, im Falle eines Bio-Skandals im Zusammenhang mit dem EU-Logo wären aber alle Bio-Erzeuger in ganz Europa betroffen und könnten sich nicht mehr vom EU-Logo lösen. Es gibt noch eine Vielzahl weiterer strittiger Punkte, die aufgrund des Zeitdrucks, den die EU-Kommission und die finnische Präsidentschaft machten, nicht mehr ausverhandelt werden können. Am Dienstag geht es um die Ablehnung oder Annahme der neuen EU-Bio-Verordnung. „Österreichs Linie ist noch offen. Der Minister ist sehr kritisch, vor allem was die Gentechnik angeht“, heißt es aus dem Ministerium.

[B]

Bio-Verbände als „Handelshemmnisse“ [/B]

Wie sehr diese EU-Bio-Verordnung an allen Betroffenen und vor allem an der Bevölkerung von Anfang an hätte vorbeigeschwindelt werden sollen, zeigt die Beurteilung des Bioland-Präsidenten Thomas Dosch zum ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission vom 21. Dezember 2005: „Dieser glich einer feindlichen Übernahme.“ Nach diesem Vorschlag wären die Bio-Verbände, die privat über Jahrzehnte die biologische Landwirtschaft aufgebaut hatten, völlig entrechtet worden. Begründung der EU-Kommission: Sie seien „Handelshemmnisse“.

[B]Gentechnik mit allen Mitteln [/B]

Die Bio-Verordnung ist nur eines von mehreren Hilfsmitteln, wie die Gentechnik nun offensichtlich mit Hochdruck – gegen den Willen der Bevölkerung - in die österreichische und europäische Landwirtschaft gebracht werden soll: Bereits am Montag, den 18. Dezember, werden die EU-Mitgliedsstaaten auf Geheiß der EU-Kommission wahrscheinlich die österreichischen Genmais-Importverbote aufheben - gegen den Willen Österreichs. Zusätzlich will eine Initiative im EU-Agrarausschuss der Gentechnik freien Lauf lassen und wird die EU-Kommission im Frühjahr ihre Biotechnologie-Initiative vorstellen.

<http://de.indymedia.org/2006/12/164138.shtml>

MAUS - 19.12.2006 um 13:09

[B]EU-Länder gemeinsam gegen Gen-Mais[/B]

Ort: Hamburg, Artikel veröffentlicht am: 18.12.2006, Artikel veröffentlicht von: Sigrid Totz

21 EU-Mitgliedsländer haben sich heute den Gentechnikplänen der EU-Kommission widersetzt, den Anbau von Gen-Mais in Österreich zu erzwingen. Österreich hat ebenso wie Ungarn, Polen und Griechenland ein nationales Anbauverbot für Gen-Mais mit der Begründung erlassen, dass die Risiken nicht ausreichend erforscht seien.

Sogar die Kommission hatte jüngst in einem eigenen Gutachten auf viele ungeklärte Risiken für Mensch, Tier und Umwelt hingewiesen. Und dennoch wollte sie das nationale Anbauverbot kippen. Doch bis auf Tschechien, Großbritannien, die Niederlande und Schweden stimmten alle EU-Länder für Österreich und gegen die Kommission.

Es ist zu begrüßen, dass die Mitgliedsstaaten und auch die Bundesregierung diesmal nicht vor der Gentechnik-Lobby eingeknickt sind. Es gibt immer mehr Hinweise auf eine Gefährdung der Umwelt durch den kommerziellen Anbau des Gen-Maises. Die EU schreibt vor, dass hier das Vorsorgeprinzip gelten muss: Der Schutz von Mensch und Umwelt geht vor. Wir fordern, dass auch in Deutschland der Anbau in 2007 jetzt ausgesetzt wird, kommentiert Greenpeace-Sprecher Christoph Then die Entscheidung.

(Autorin: Anja Franzenburg)

http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/eu_laender_gemeinsam_gegen_gen_mais/

MAUS - 29.12.2006 um 14:17

[B]Greenpeace darf Müller-Produkte als "Gen-Milch" bezeichnen [/B]

Köln (NRhZ/GP, 24.12.) Nach Urteil des Oberlandesgericht (OLG) Köln kann Greenpeace Produkte des Milchkonzerns Müller weiterhin als "Gen-Milch" bezeichnen. Daran will der Milchriese die Umweltschützer bereits seit Mai 2004 per Gerichtsverfahren hindern, obwohl Müller genmanipulierte Futtermittel an Milchkühe verfüttern lässt. Die NRhZ berichtete mehrfach darüber. Müller hat bereits zuvor zwei einstweilige Verfügungsverfahren gegen Greenpeace verloren. Nun erging das Urteil der zweiten Instanz im Hauptsacheverfahren. Müller kann noch am obersten deutschen Zivilgericht, dem Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe, Revision gegen das Urteil einlegen. "Aller guten Dinge sind drei. Nach der erneuten Niederlage sollte Müller besser auf eine Fütterung ohne Gen-Pflanzen setzen, anstatt in weiteren Gerichtsverfahren vom eigentlichen Problem abzulenken", sagt Ulrike Brendel, Gentechnik-Expertin von Greenpeace.

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 29.1.2007 um 13:59

[B]Handelsketten machen sich doppelte Standards zunutze[/B]

Ort: Hamburg, Artikel veröffentlicht am: 15.01.2007, Artikel veröffentlicht von: Michael Richter

Uneinsichtig reagieren die Supermarktketten REWE, Edeka und Metro auf den jüngsten Greenpeace-Pestizidtest. Trauben und Salate diverser Haushalte waren massiv mit Pestiziden belastet. Die gesetzlichen Höchstmengen seien nicht überschritten worden, so die einhellige Meinung der Handelskonzerne, die Ware sei verkehrsfähig. Greenpeace sieht das anders und verklagt die verantwortlichen Handelsketten Edeka, REWE, Kaufhof (Metro), Karstadt und Aldi-Süd.

Tatsächlich haben neun in Deutschland gekaufte Proben die gesetzlich festgelegten Pestizid-Höchstwerte nicht überschritten. Die für Verbraucher relevante Akute Referenzdosis (ARfD) überstieg das aus Spanien, Italien und der Türkei stammende Obst und Gemüse allerdings bis zum Zweieinhalbfachen. Die Referenzdosis wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) festgelegt: Wird die ARfD überschritten, kann der Verzehr dieser Ware die Gesundheit schädigen.

Fatal für Verbraucher: Die Handelsketten beachten die Standards der WHO und der BfR nicht. Sie klammern sich an die großzügig festgelegten gesetzlichen Pestizidhöchstmengen. So landen gesundheitsgefährdende Lebensmittel im Supermarkttregal - und das scheinbar auch noch legal. "Minister Horst Seehofer muss seine Behörden anweisen, die Höchstmengen von Agrargiften sofort zu senken und gefährliche Spritzmittel verbieten", fordert Greenpeace-Chemieexperte Manfred Krautter.

Doch auch die Handelsketten sollen Verantwortung übernehmen. Greenpeace hat ein juristisches Gutachten erstellen lassen. Demnach ist das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die die Akute Referenzdosis überschreiten, gesundheitsschädlich und somit verboten. Greenpeace hat daraufhin Strafanzeige wegen der wiederholten Vermarktung gesundheitsgefährdender Nahrung erstattet.

(Autorin: Anja Franzenburg)

http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/handelsketten_machen_sich_doppelte_standards_zunutze/

MAUS - 4.2.2007 um 17:21

[B]Eine Million Mal nein zu Gen-Food[/B]

Ort: Hamburg/Berlin, Artikel veröffentlicht am: 31.01.2007, Artikel veröffentlicht von: Michael Richter

400.000 Menschen allein in Deutschland haben die Greenpeace-Unterschriftensammlung gegen Gen-Food unterstützt. Ihre Unterschriften haben wir am Mittwochnachmittag im Ministerium von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer überreicht. Hintergrund der Sammlung: Tierische Produkte wie Milch, Eier oder Fleisch unterliegen nicht der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte. Auf den Lebensmitteln fehlen Informationen, ob die Tiere mit genmanipulierten Pflanzen gefüttert wurden.

Verbraucher wollen kein Gen-Food, sagt Greenpeace-Verbraucherexpertin Corinna Hölzel. Minister Seehofer muss sich jetzt auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Lücke in der Kennzeichnungsverordnung geschlossen wird.

Die Unterschriftensammlung fand europaweit statt. So kamen insgesamt über eine Million Unterschriften zusammen. Diese überbringt Greenpeace am 5. Februar in Brüssel dem EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Markos Kyprianou.

[B]89 Prozent wollen die Kennzeichnung[/B]

Nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) von Dezember 2006 fordern 89 Prozent der deutschen Verbraucher eine Kennzeichnungspflicht auch für Produkte, an denen keine direkten gentechnischen Veränderungen vorgenommen wurden. Doch noch hat die Politik diese Forderung der Menschen nicht erhört. So kommt es, dass Jahr für Jahr rund 20 Millionen Tonnen gentechnisch verändertes Soja als Tierfutter nach Europa importiert werden.

Was eine Kennzeichnung bewirken würde, liegt auf der Hand. Nach der EU-Kennzeichnungsverordnung von April 2004 müssen lediglich Zutaten aus gentechnisch veränderten Pflanzen in Lebensmitteln gekennzeichnet werden. Aus den Supermärkten sind diese Lebensmittel bereits verschwunden.

Ohne Kennzeichnung gleicht im Supermarkt ein Ei dem anderen, erklärt Hölzel. Ohne Hinweis auf der Packung kann der Verbraucher Gen-Food kaum vermeiden. Stattdessen wird er gezwungen, den weltweiten Anbau von Gen-Pflanzen durch seinen Einkauf von ungekennzeichneten Milch- oder Fleischprodukten zu fördern. Hölzel: Die umfassende Kennzeichnung ist eine wichtige Voraussetzung für Verbraucher, sich am Markt verantwortungsvoll zu entscheiden.

[B]Die Million, die EU und die EU-Verfassung[/B]

Greenpeace hat eine Million Unterschriften gesammelt, da mit dem Entwurf der EU-Verfassung vom Oktober 2004 die Beteiligung der europäischen Bürger in der Gesetzgebung gestärkt werden sollte. In Artikel 47 heißt es zur partizipen Demokratie: Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen (...) muss, können die Initiative ergreifen und die Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verfassung umzusetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel will sich während der deutschen EU-Präsidentschaft wieder für die Ratifizierung der EU-Verfassung einsetzen.

http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/eine_million_mal_nein_zu_gen_food/

MAUS - 8.2.2007 um 01:53

[B]Bundesregierung erhöht Gift-Grenzwerte in Obst und Gemüse [/B]

Hamburg (NRhZ/GP, 6. 2.) Hunderte Grenzwerte für Pestizide in Obst und Gemüse hat das Bundesministerium fuer Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zwischen den Jahren 2004 und 2006 angehoben. Das bedeutet für Obst und Gemüse, dass ganz legal mehr Gift auf den Teller kommt. Nach einer neuen Untersuchung im Auftrag von Greenpeace sind die Steigerungen erheblich - im Schnitt haben die Beamten die Grenzwerte um das 33fache erhöht. Gerade bei bekannten Pestizid-Spitzenreitern mit den meisten Überschreitungen, wie Tafeltrauben, Salaten, Kräutern oder Beeren, hob das

Ministerium die Grenzwerte am stärksten an, jeweils um über das 500-fache. "Es ist unglaublich. Die Verbraucherschützer aus dem Ministerium machen konsequent das Gegenteil von dem, was notwendig wäre, um die Gesundheit der Verbraucher und die Umwelt zu schützen", sagt dazu Manfred Krautter, Chemie-Experte von Greenpeace. "Minister Seehofer muss diese Praxis sofort stoppen. Wir brauchen keine Legalisierung von immer mehr Gift im Essen, sondern wirksame Kontrollen, damit belastete Lebensmittel vom Markt verschwinden."

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

... - 8.2.2007 um 03:49

Freut mich, dass das schon 2004 angefangen hat, als die Verbraucherministerin noch eine Grüne war. Zeigt, was das für eine verkommene, nutzlose Scheißpartei geworden ist und zeigt, dass ich mich selten irre, wenn ich irgendwo austrete oder etwas für nicht mehr annehmbar betrachte.

hopeless - 8.2.2007 um 08:11

dazu muss man aber auch sagen, dass die meisten dieser grenzwerte in deutschland vergleichsweise sehr niedrig liegen (soweit ich weiß, ich hab gerade keine spezielle quelle) und das eine erhöhung um das x-fache immer krass klingt, aber immernoch um größenordnungen unter dem liegen kann, was annähernd gefährdend wird. allerdings wird über solche sachen ja meist nur spekuliert und die werte liegen nicht grundlos so niedrig, sondern weil man die wirkungen schlecht einschätzen kann. ich will jedenfalls diesen überdüngten scheiß, der auf sonstwelchen scheißböden gewachsen ist, auch nicht unbedingt essen.

MAUS - 20.2.2007 um 15:57

[B]Immer häufiger gentechnische Verunreinigungen[/B]

Ort: Hamburg, Artikel veröffentlicht am: 19.02.2007, Artikel veröffentlicht von: Michael Richter

[B]Einen neuen Negativ-Rekord gibt es bei gentechnischen Verunreinigungen zu vermelden. Im vergangenen Jahr sind weltweit 24 Fälle registriert worden, bei denen Gen-Pflanzen gefunden wurden, wo sie nicht hingehörten. Das sind laut einem neuen Bericht von GeneWatch UK und Greenpeace die meisten Fälle in einem einzigen Jahr seit 1996. Damals begann der kommerzielle Anbau von Gen-Pflanzen. In den letzten zehn Jahren geriet die Gentechnik insgesamt 142-mal außer Kontrolle. [/B]

Der neue Bericht The GM contamination register report geht auf das globale Gentechnik-Verunreinigungsregister zurück. Das wurde 2005 von GeneWatch UK und Greenpeace ins Leben gerufen. Dort werden alle Fälle von versehentlicher Freisetzung, illegalem Anbau und gefährlichen Auswirkungen der Gen-Pflanzen auf die Landwirtschaft erfasst.

Laut Bericht ist Gen-Mais die Gen-Pflanze, die die meisten Probleme verursacht. Ein Drittel aller registrierten Verunreinigungsfälle der letzten zehn Jahre geht auf Gen-Mais zurück. Die Kontaminationen haben nach wie vor ihren Ursprung am häufigsten in den USA. Aber auch Länder wie Spanien, wo der Anbau von Gen-Mais erlaubt ist, haben mit gentechnischen Verunreinigungen zu kämpfen.

Das Jahr 2006 zeichnet sich allerdings auch durch einen weltweiten Gen-Reisskandal aus. Obwohl nur im Jahre 2001 zu Testzwecken angebaut, tauchte der Gen-Reis LL601 von Bayer CropScience fünf Jahre später als Verunreinigung in US-Reislieferungen nach Europa und Asien wieder auf. Bis heute ist unklar, wie das geschehen konnte. Reisbauern in den USA erlitten Verdiensteinbußen.

Der Bericht zeigt, dass es dringend notwendig ist, endlich ein Abkommen über die Haftungsbedingungen in solchen Fällen zu schließen, sagt Doreen Stabinsky von Greenpeace International. Ein starkes Abkommen könnte sicherstellen, dass die Konzerne, die mit der Gentechnik ihr Geschäft machen, auch für die wirtschaftlichen und ökologischen Schäden ihrer Produkte zahlen müssen. Ohne so ein Regelwerk, sind es die kleinen Landwirte, die den Preis zahlen müssen.

Seit Montag tagt im kanadischen Montreal eine Arbeitsgruppe des sogenannten Cartagena Protokolls. Das internationale Protokoll regelt Fragen der biologischen Sicherheit gerade auch im Hinblick auf gentechnisch veränderte Organismen. GeneWatch UK und Greenpeace fordern die Delegierten auf, die Weichen für ein starkes Abkommen zur Regelung der Haftungsfragen zu stellen.

http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/immer_haeufiger_gentechnische_verunreinigungen/

... - 22.2.2007 um 04:41

"Bayer Crop Science" ist doch bestimmt 'ne Tochter vom deutschen Bayer, oder?

MAUS - 22.2.2007 um 20:19

Gehe ich mal von aus...

JeanneDamianDracul - 22.2.2007 um 21:31

So...wer ein bisschen mehr über Bayer AG wissen möchte,ist ganz nett zu erfahren was sie noch so für Dreck am Stecken haben:

Das operative Geschäft wird von drei Teilkonzernen geführt:

- * Bayer HealthCare AG
- * Bayer CropScience AG
- * Bayer MaterialScience AG

weiter die Service-Gesellschaften:

- * Bayer Technology Services GmbH
- * Bayer Business Services GmbH
- * Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG

Das Unternehmen wurde 1863 gegründet und ging 1925 in der I.G. Farben auf.

Zu der Farbenproduktion, die weiterhin den größten Anteil am Umsatz hatte, kam eine Pharmazeutische Abteilung. 1897 wurde erstmals Heroin synthetisiert.

Das bekannteste Ergebnis der Bayer-Forschung ist das 1899 auf den Markt gebrachte Medikament Aspirin. Bayer begann 1904 mit der Herstellung von Fotochemikalien.

Durch den Ersten Weltkrieg verliert das Unternehmen einen Großteil seiner Absatzmöglichkeiten.

Während dieser Zeit ist Bayer einer der Hauptlieferanten von Giftgas für die Front.

Bereits seit 1904 bestand eine Interessengemeinschaft zwischen Bayer, Agfa und der BASF (s. I.G. Farben). 1915 wurde diese mit weiteren Unternehmen der Farbenindustrie zu einer großen Interessengemeinschaft ausgeweitet.

Da die deutsche Farbstoffindustrie nach dem Krieg schlechter dastand als zuvor, entschlossen sich die Mitglieder der Interessengemeinschaft 1925 zur Fusion. Das Vermögen der Firma Bayer wird auf die neu gegründete I.G. Farbenindustrie AG übertragen und die Marke Bayer wird aus dem Handelsregister entfernt.

Die Werke der Betriebsgemeinschaft zählen für das nationalsozialistische Regime im Zweiten Weltkrieg zu den "kriegswichtigen" Betrieben.

Erhalten sind Unterlagen, dass die I.G. Farben 150 weibliche Häftlinge für „170 RM je Stück“ anforderte und erhielt. In einem weiteren Schreiben hieß es dann: „Die Experimente sind durchgeführt worden, alle Personen sind gestorben. In Kürze werden wir uns mit Ihnen zwecks weiterer Lieferungen in Verbindung setzen.“ (I.G. Farben aus Müller, Auschwitz, Seite 140)

Nach dem Krieg plädieren die alliierten Siegermächte auf eine Aufgliederung der IG in möglichst viele kleine Unternehmen. Da diese jedoch kaum lebensfähig wären, wird die IG in lediglich 12 Unternehmen, darunter auch die Bayer AG, aufgegliedert. Die Bayer AG wurde am 19. Dezember 1951 neu gegründet.

1990 beschäftigt Bayer 171.000 Mitarbeiter und erzielt einen Jahresumsatz von 41,643 Milliarden DM. Bayer widmet sich vermehrt den neuen Absatzmärkten in Osteuropa.

Im Oktober 2001 übernimmt Bayer die Pflanzenschutz-Sparte von Aventis.

Am 8. August 2001 zieht Bayer den bis dahin am Markt erfolgreichen Cholesterinsenker Lipobay wegen starker Nebenwirkungen mit Todesfolgen vom Markt zurück. Der Wirkstoff Cerivastatin löste insbesondere in Kombination mit anderen Cholesterinsenker mit dem Wirkstoff Gemfibrozil einen Muskelzerfall (Rhabdomyolyse) aus.

2004 wurde Bayer in ca. 14.660 Fällen verklagt (davon 14.550 in den USA). Mit Stand 18. Februar 2005 waren noch 6.191 Verfahren (6.111 davon in den USA) anhängig. Ohne Anerkennung einer Rechtspflicht kam es bis zum 18. Februar zu Vergleichen in Höhe von 1.114 Millionen US-Dollar. Neben den Vergleichen wurden zwei Prozesse mit Freisprüchen für Bayer beendet.

Ende 2003 wird bekanntgegeben, dass der Teilkonzern Bayer Chemicals zusammen mit größeren Teilen des Kunststoffgeschäfts des Teilkonzerns Bayer Polymers als unabhängige Gesellschaft aus dem Konzern ausgegliedert wird. Der Teilkonzern Bayer Polymers wird in Bayer MaterialScience umbenannt.

Im März 2006 gab der Bayer-Konzern ein Übernahmeangebot für den Berliner Pharmahersteller Schering AG ab

Am 29. Juni 2006 wird bekannt, dass Bayer die Division Diagnostics von Bayer HealthCare an Siemens verkauft. Der Kaufpreis liegt bei 4,2 Mrd. €. Dieser Rückzug von Bayer aus dem stark von Elektronik beeinflussten Diagnostic-Geschäft war wohl schon länger vorbereitet und hängt nicht mit der Übernahme von Schering zusammen. Dennoch erleichtert der Nettozufluss von 3,6 Mrd. € die Finanzierung dieser Transaktion.

Nicht verkauft werden die Bereiche Diabetis Care und Kontrastmittel.

In den Jahren 2001 und 2003 wurde Bayer mehrmals von Alternet und Multinational Monitor zu den "The 10 Worst Corporations of 200" gewählt. Gründe waren neben den Kriegsverbrechen auch die zahlreichen Umweltvergehen, bei denen besonders in Asien immer wieder Menschen zu Tode kommen, sowie irreführende Werbung.

Im Schwarzbuch Markenfirmen - Die Machenschaften der Weltkonzerne werden der Bayer AG schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, unter anderem "Import von Rohstoffen aus Kriegsgebieten, Finanzierung unethischer Medikamentenversuche, Behinderung eines Entwicklungslandes bei der Herstellung und Vermarktung lebenswichtiger Medikamente, Vertrieb gefährlicher Pflanzengifte, Ausbeutung und Kinderarbeit bei Rohstofflieferanten" (siehe "Schwarzbuch Markenfirmen", Seite 284ff).

Zu einem tragischen Unglück kam es im Oktober 1999 in Peru, wo 50 Schulkinder durch das Pflanzengift Folidol (enthält Cyclohexanon und Dichlorbenzol) vergiftet wurden und 24 von ihnen verstarben. Eine Untersuchungskommission des peruanischen Kongresses warf der Bayer AG im Herbst 2002 eine unzureichende Kennzeichnung mit Warnhinweisen auf den Original-Kunststoffbehältern vor.

Die Bayer AG bekam 2002 den Big Brother Award in der Kategorie "Arbeitswelt" verliehen. Die Jury begründete dies mit den Drogentests, welche von Auszubildenden erbracht werden müssen, um einen Ausbildungsplatz zu erhalten (siehe "Schwarzbuch Datenschutz", Seite 52ff)

Zum Glück wurde beim Hochwasser 2002 das ortsansässige Bayer Werk gesichert, es reicht ja schon das dank derartigen Chemiekonzernen eine riesige Giftblase unter meiner "Heimatstadt" schwimmt.

... - 23.2.2007 um 03:29

War das denn jetzt die IG Farben der die Degussa bzw. waren das die gleichen, die das Zyklon B für die KZs herstellten? Weiß das wer?

Wenn ich was an Bayer mag, dann ist das das riesige Bayerkreuz bei Leverkusen. Zeigt so ungefähr den neuen Aberglaube unserer Zeit, dass das als ein riesiges Kreuz dargestellt ist, dass alle Kirchtürme und Moscheen etc. bei weitem überragt.

JeanneDamianDracul - 23.2.2007 um 18:00

Soviel zu deiner Frage:

Die Herstellung von Zyklon B und seine Lieferung an die Lager lagen in der Hand der 1919 gegründeten Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH). Herstellungsbetriebe waren die Dessauer Werke für Zucker und Chemische Industrie (Dessauer Zuckerraffinerie), die Kaliwerke Kolin (ab 1935/36, heute in Tschechien) und im Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Degussa und der französischen Ugine in Villers-Saint-Sepulcre. Der Hauptproduzent war in Dessau. 1930 trat die IG Farben in den Gesellschafterkreis der Degesch ein und war mit 30% an ihr

beteiligt.

<http://www.shoa.de>

... - 24.2.2007 um 02:34

Thx!

MAUS - 2.3.2007 um 14:09

Lokales

[B]Kölner Greenpeace zeichnet Rewe und Kaiser's/Tengelmann aus

Pokal für giftiges Obst und Gemüse

Von Peter Kleinert [/B]

In den Kölner Supermärkten von Rewe und Kaiser's/Tengelmann auf der Frankfurter und der Olpener Straße wurde nach Greenpeace-Untersuchungen im vergangenen Herbst giftiges Obst und Gemüse verkauft. Als Preis überreichten deshalb Greenpeace-Aktivisten den Marktleitern am Samstag den "Pokal für maximale Pestizidbelastung 2007". Für Interviews oder ein Foto mit dem Pokal wollten die Marktleiter allerdings nicht in die Öffentlichkeit treten.

Wie Toni Speier von der Kölner Greenpeace-Gruppe berichtete, waren die zulässigen Grenzwerte bei den untersuchten Proben deutlich überschritten. Beim Verzehr von Trauben und Tomaten bestand für bestimmte Personengruppen (z.B. Kinder) eine akute Gesundheitsgefahr. Vor allem Rewe, Edeka und Kaiser's/Tengelmann hätten bei dem groß angelegten Test, der in ganz Deutschland sowie in einzelnen Supermärkten in Österreich durchgeführt wurde, sehr schlecht abgeschnitten.

[B]Einkaufsratgeber "Essen ohne Pestizide"[/B]

"In diesen Märkten bekommt man das meiste Gift fürs Geld" fasste Toni Speier die Testergebnisse zusammen. Seine Informationen im Zusammenhang mit der Preisübergabe stießen bei Passanten und Kunden der ausgezeichneten Supermärkte auf großes Interesse. "Was kann ich denn überhaupt noch essen?", war eine oft gestellte Frage. Sie ist mit dem von Greenpeace entwickelten und vor den Märkten verteilten kostenlosen Einkaufsratgeber "Essen ohne Pestizide" durchaus leicht zu beantworten. "Biolebensmittel können klar empfohlen werden" sagt Toni Speier, "aber auch bei konventionellen Märkten haben wir deutliche Unterschiede festgestellt. Bei den Einkaufsabteilungen von Aldi und Lidl hat die Gesundheit der Verbraucher offensichtlich einen höheren Stellenwert, als bei Edeka, Rewe und Kaiser's/Tengelmann."

[B]Durch Druck Veränderungen möglich - Beispiel Lidl[/B]

Dass sich unter dem Druck von Umweltorganisationen und Verbraucherschützern in den Supermärkten durchaus etwas ändern kann, zeigt vor allem das diesjährige Abschneiden von Lidl. Bei einem von Greenpeace durchgeführten Test auf Pestizide in Obst und Gemüse im Jahre 2005 schnitt Lidl noch am schlechtesten ab. NRhZ berichtete darüber in Nummer 21. Inzwischen verlangt offenbar die Einkaufsabteilung bei Lidl von ihren Lieferanten ausdrücklich pestizidarme Ware. Und das mit Erfolg - wie der aktuelle Greenpeace-Test zeigt.

"Wir hoffen, dass auch andere Supermärkte die Kundenwünsche ernst nehmen und sich künftig im positiven Sinne mit pestizidarmer Ware profilieren, anstatt Obst und Gemüse anzubieten, das maximale Pestizidwerte enthält - und die höchst zulässigen Mengen auch immer öfter überschreitet", erklärte Speier. Ein Verbraucherinformationsgesetz, durch das Behörden verpflichtet werden, die Hersteller und Vermarkter von gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln klar zu benennen, sei längst fällig. Mehr Öffentlichkeit in diesem Bereich führe auch ohne höhere Kosten zu deutlichen Verhaltensänderungen bei "schwarzen Schafen" der Lebensmittelhersteller. Dies belegten Beispiele aus Dänemark und England. Dort würden nämlich ertappte Betriebe mit einem Smiley gekennzeichnet und zwar an der Eingangstür, wo es für alle Kunden sofort sichtbar ist. "Käuferbewegungen, die in der Kasse zu spüren sind, haben die Händler noch immer am meisten zur Berücksichtigung von Kundenwünschen bewegt."

[B]Interner Großhandelsbericht bestätigt Greenpeace[/B]

Wie am Montag bekannt wurde, hat ein interner Bericht aus der Handelsbranche die Untersuchungen von Greenpeace inzwischen bestätigt. "Jetzt kann die Branche die Pestizidbelastung nicht mehr runterspielen. Ihre eigenen Zahlen belegen, dass sie in großem Umfang schlechte Ware verkauft und laufend gegen das Lebensmittelgesetz verstößt", sagte dazu Manfred Krautter, Chemieexperte von Greenpeace in Hamburg. Greenpeace plane nun Anzeigen gegen die Handelsunternehmen wegen vorsätzlichen Betrugs, weil die Vorwürfe der Organisation bislang heruntergespielt oder

bestritten wurden.

Der interne Bericht des Großhandels belege für 2006, dass der Verband 3856mal konventionell angebaute Ware von Mitgliedsunternehmen, die nach Baden-Württemberg und in die angrenzenden Bundesländer liefern, untersucht habe. Laut Handelsverband wurden dabei die Pestizidgrenzwerte bei 12 bis 14 Prozent der Tafeltrauben, Birnen, Pfirsiche und Kopfsalate, bei 21 bis 24 Prozent der Papaya, Zucchini, Endivien- und Lolloalate und bei 32 bis 38 Prozent des Romana Salats, Dills oder Suppengemüses überschritten. In den 958 vom Großhandel geprüften Proben aus Bio-Anbau wurden hingegen nur 0,7 Prozent Überschreitungen festgestellt.

Dass von diesen Pestizidvergiftungen vor allem die chemische Industrie profitiert, ist auch Verbraucherminister Seehofer und dem zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bekannt. Und obwohl viele Pestizide Krebs auslösen, die Fortpflanzung beeinträchtigen und schädlich für das Hormon- oder Nervensystem sind, haben beide Behörden bislang nichts aufgrund der Untersuchungsergebnisse von Greenpeace unternommen. Eine Anfrage der NRhZ dazu wurde bis Redaktionsschluss nicht beantwortet.

Wichtige Einkaufstipps gibt der Greenpeace-Ratgeber von "Essen ohne Pestizide". Er kann bestellt werden unter Tel. 040-30618-120. Weitere Informationen unter www.greenpeace.de und www.einkaufsnetz.org

Online-Flyer Nr. 84 vom 28.02.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10591>

MAUS - 30.3.2007 um 17:14

Wirtschaft

[B]Schmutzige Geschäfte mit Hexachlorbenzol aus Australien

Müllschlucker BAYER

Von Jan Pehrke [/B]

Der Leverkusener Multi macht sogar mit Müll Geld und akquiriert giftige Abfälle aus der ganzen Welt für seine Rückstandsverbrennungsanlagen. Mit der Entsorgung von 4.500 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien will der Konzern jetzt einen Umsatz von drei Millionen Euro erzielen. Die Betreiber der Öfen in Herten und Brunsbüttel rechnen mit ähnlichen oder sogar noch größeren Erträgen. Aber gegen den Mülltourismus erhebt sich eine Woge des Protestes.

„Über 300 Firmen aus ganz Europa und Übersee haben im Jahr 2004 ihre Sonderabfälle bei den BIS-Umweltdiensten entsorgt“, wirbt BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS) für seine Dienste. Dieses Klappern gehört zum Geschäft, denn ein solches ist die Beseitigung von Produktionsrückständen längst geworden. Hatte der Leverkusener Multi früher seine giftigen Hinterlassenschaften einfach in Deponien wie der Dhünnaue mit verheerenden Folgen für die Umwelt endgelagert, ging er erst Ende der 60er Jahre auf Druck der Öffentlichkeit zum Bau von Verbrennungsöfen über, welche das Müllaufkommen zwar reduzierten, dafür aber auch zu einem Anstieg der Emissionen in Luft und Wasser führten.

Von einem notwendigen Übel zu einem Geschäftszweig hat sich die Entsorgung jedoch erst Ende der 80er Jahre entwickelt. Einen zusätzlichen Schub bekam sie dann durch den Umbau BAYERs zu einer Holding, die alle Sparten in die Selbstständigkeit entließ und besonders die Dienstleistungsabteilungen mit der Notwendigkeit konfrontierte, externe Aufträge einzutreiben. Und wo der Kantinenbetrieb nun auch über BAYER hinaus einen Catering-Service anbietet, stieg die BIS ins globale Müllgeschäft ein. Auf 20 Prozent beläuft sich der Anteil fremder Produktionsrückstände mittlerweile. Ginge es nach dem Konzern, dürfte sich diese Quote jetzt noch erhöhen. Die Müllschlucker haben nämlich einen dicken Auftrag aus Australien an Land gezogen (siehe NRhZ 85 und 79). Die dort ansässige Chemie-Firma ORICA sitzt auf einer Hinterlassenschaft von 22.000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzols und will sie auf die Reise in die Bundesrepublik schicken. 4.500 Tonnen davon (plus 6.000 Tonnen Verpackung) haben BAYER-Öfen als Bestimmungsort, wodurch ein Umsatz von drei Millionen Euro winkt.

[B]Zahlreiche Proteste[/B]

Zwei Jahre soll die Müll-Karawanserei auf Schiffen, Eisenbahnschienen und Straßen dauern. Dabei lauern auf der 16.000 Kilometer langen Strecke unzählige Gefahren. Besonders das Umladen der zu den weltweit giftigsten 12 Chemikalien gehörenden Substanz ist mit Risiken verbunden. Erreichen die Gifte schließlich doch allen Widrigkeiten zum Trotz wohlbehalten ihr Ziel, sorgt die Verbrennung für die Freisetzung zahlreicher gesundheitsschädlicher Stoffe. Aus diesen Gründen hat sich ein breiter Widerstand gegen das Vorhaben formiert. In Gang gebracht hat ihn die australische Umweltorganisation NATIONAL TOXICS NETWORK. Sie hatte im Dezember letzten Jahres die COORDINATION GEGEN

BAYER-GEFAHREN und die Initiative DAS BESSERE MÜLLKONZEPT über die bevorstehende Giffracht in Kenntnis gesetzt. Diese Gruppen reichten die Information umgehend an andere Verbände wie z. B. den BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) weiter. Mit dem BUND schrieb die CBG dann einen Offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhart Uhlenberg und gab eine Presseerklärung heraus, die zahlreiche Medien aufgriffen.

So errang das Thema Publizität, und vor Ort in Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel regte sich erster Widerstand. In Herten wurde die Initiative „Pro Herten“ aktiv. Sie veranstaltete unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema, die über 400 Menschen besuchten. In Brunsbüttel protestierten BürgerInnen bei einer Anhörung gegen die Anlandung der Altlast und führten eine Demonstration durch. Für den Grünen-Politiker Jürgen Ruge waren die 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien ein „erschütternder Entfernungsrekord“ auf dem Gebiet des Mülltourismus.

In Dormagen verteilten die Grünen und die Coordination gemeinsam Flugblätter und sammelten zahlreiche Unterschriften gegen die Giftmüll-Verbrennung. „Schon jetzt lebt man hier nicht gesund. Seit zwei Monaten riecht man etwas in der Stadt. Mein Sohn hat Asthma und Neurodermitis. Ich glaube nicht, dass wir von den Giftmüllabgasen nichts abbekommen“, sagte etwa eine Dormagenerin der Westdeutschen Zeitung. Die städtische „Agenda 21“-Gruppe sammelte Fragen besorgter AnwohnerInnen und übergab diese passenderweise am „Tag der Offenen Tür“, den BAYER kurzfristig am Tatort „Sondermüll-Verbrennungsanlage“ anberaumt hatte, um Gegen-Aufklärung zu betreiben. „Ist der Kontinent Australien nicht in der Lage, seinen eigenen Giftmüll zu entsorgen?“, „Welche absoluten Emissionen von Dioxin, HCB und anderen Giftstoffen werden durch die geplante HCB-Verbrennung entstehen?“, „Soll die ‚Wirtschaft‘ von BAYER mit solchen Aktivitäten angekurbelt werden?“ - das wollten die DormagenerInnen unter anderem von den Konzern-Verantwortlichen wissen.

[B]Erste Erfolge – nur nicht in Dormagen[/B]

All dieses zeigte Wirkung. Die Anlieger-Städte Herten, Recklinghausen, Marl, Castrop-Rauxel und Leverkusen verabschiedeten Resolutionen gegen den Müll-Transport. Nur Dormagen mochte sich nicht anschließen, weil die Stadt im August 2004 der Kapazitätserweiterung der Anlage zugestimmt hatte und damit auch ihrer Bestimmung als Fernreise-Ziel von gefährlichen Chemikalien. „Würde der Rat jetzt protestieren, wäre das nicht sehr glaubwürdig“, so der Bürgermeister Heinz Hilgers, den erst JournalistInnen über die Entsorgungspläne BAYERs hatten informieren müssen.

Am 20. Februar setzte das schleswig-holsteinische Umweltministerium das Genehmigungsverfahren erst einmal aus. Es habe vergeblich auf Angaben aus Australien zum genauen Giftmix und zur Unmöglichkeit einer Entsorgung vor Ort gewartet, erklärte Ministeriumssprecher Christian Seyfert zur Begründung. Die für die nordrhein-westfälischen Müllöfen zuständige Bezirksregierung Münster hat noch keine Entscheidung gefällt, weil die australischen Behörden dem Giftmüll-Export bisher nicht offiziell zugestimmt haben.

[B]NRW-Umweltminister duckt sich weg[/B]

„Um es deutlich zu sagen, wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien, zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken birgt“, erklärte der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhart Uhlenberg im Landtag und plädierte für eine Abschaffung des Mülltourismus. Das hört sich in den offiziellen Verlautbarungen aus seinem Haus jedoch ganz anders an. In der Bilanz zur Ein- und Ausfuhr von Giftmüll brüstet sich das Ministerium noch mit der Attraktivität NRWs als Müll-Standort. „Dieses hohe Niveau des Imports gefährlicher Abfälle ist Ausdruck einer leistungsfähigen Entsorgungsinfrastruktur“, heißt es dort.

Offensichtlich wohnen zwei Seelen in der Brust des CDU-Politikers, weshalb er sich wegduckt. Politisch sei er machtlos, sagte er mit Verweis auf die Abfallverbringungsverordnung der EU. Wenn das Hexachlorbenzol in Australien nicht fachgerecht werden könne, gebe es keine Handhabe gegen den Import, so Uhlenberg. Brüssel spielte den Ball jedoch umgehend zurück. „Die Entscheidung ist nicht durch EU-Recht gebunden, sondern liegt im Ermessen der Empfängerländer“, gab die Sprecherin des Brüsseler Umweltkommissars Stavros Dimas, Barbara Helfferich, zu Protokoll. Das brachte den CDU-Politiker, der in der Vergangenheit durchaus schon gegen Müll-Importe interveniert hatte, ganz schön in die Bedrouille, zumal auch die Baseler Konvention Handlungsspielräume eröffnet.

Das internationale Abkommen spricht jedem Land das Recht zu, die Annahme von Giftmüll zu verweigern und fordert dazu auf, den grenzüberschreitenden Müll-Handel auf ein Minimum zu begrenzen. Aber der Umweltminister wollte sich trotz alledem immer noch nicht aus der politischen Bewegungsstarre lösen und appellierte an Sigmar Gabriel, den Fall zu übernehmen. Die taz kommentierte daraufhin scharf: „Denn Uhlenberg kann die Giftverbrennung tatsächlich nicht verhindern, weil die schwarz-gelbe Landesregierung überhaupt kein Interesse daran hat, ein lukratives Auslandsgeschäft von BAYER zu torpedieren oder dem Beseitigungsstandort NRW zu schaden. Wer wirtschaftlich denkt, darf den Giftmülldeal nicht platzen lassen. Wer sich tatsächlich um die Gesundheit seiner Landsleute und die immensen Umwelt Risiken auf dem langen Seeweg sorgt, der könnte das!“

[B]BAYERs Müll-Ofen produzieren Giftstoffe[/B]

Darum sorgt sich auch BAYER herzlich wenig. „Das fällt erst in unsere Verantwortung, wenn die Transporte vor den Werkstoren stehen“, meint Pressesprecher Christian Zöller. Nur für seine Verbrennungsanlagen verbürgt der Konzern sich. „Wir befinden uns mit unserer Expertise an der Weltspitze“ behauptet das Unternehmen. Was zu bezweifeln ist, denn moderne Verfahren wie etwa die Kälte-Behandlung setzt BAYER nicht ein. Zöller aber verweist auf die große Erfahrung mit dem einst selbst hergestellten, seit 1981 nicht mehr als Pestizidwirkstoff zugelassenen Hexachlorbenzol. Aber in Luft auflösen lassen könnte selbst die beste Beseitigungstechnik die Substanz nicht. Nach Meinung des Düsseldorfer Mikrobiologie-Professors Harry Rosin bleiben auch bei solchen Prozessen „krebserregende Partikel“ übrig. So produziert die Rückstandsverbrennungsanlage nicht wenige gesundheitsgefährdende Rückstände: z. B. Dioxine, Furane, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Salzsäure, Rauchgas, Filterrückstände, Schlacke, verschmutzte Abwässer und Feinstäube. Was davon nicht direkt in Wasser, Boden und Luft landet, findet seinen Weg zu Sondermülldeponien.

Wieviel Giftstoffe die Verbrennungsanlagen in Leverkusen-Bürrig und Dormagen ausstoßen, verrät BAYER INDUSTRY SERVICES nicht. Nur, dass die Werte für Stäube, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Hydrogenchlorid, Chlorwasserstoff, Stickoxide, Fluorkohlenwasserstoffe, Cadmium, Thallium, Quecksilber allgesamt im grünen Bereich liegen, sprich: die zulässigen Grenzwerte nicht überschreiten. Das ist auch keine allzu große Kunst, denn das Maß aller Dinge bei der Festlegung war nicht etwa die menschliche Gesundheit, sondern die technische Machbarkeit. Trotzdem schafften es die BAYER-Öfen bis in die 90er Jahre hinein oft, darüber hinauszuschießen, und mehr Dioxin und Stickstoff zu produzieren als erlaubt. Noch heute schrammen die BIS-Anlagen bisweilen nur knapp an einer Überschreitung vorbei, etwa bei Stickoxiden. Mit 160 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft befindet sich der Wert nach den neuesten Erhebungen nur knapp unter der noch zulässigen Marke von 200 mg/m³. Und allzu häufig gilt: Nichts Genaues weiß man nicht, da der Konzern die Emission solcher Stoffe wie Quecksilber, Cadmium, Thallium und Fluorkohlenwasserstoffe nicht regelmäßig messen muss.

[B]Fünffache Krebsraten in Dormagen und Leverkusen[/B]

Die absoluten Emissionswerte musste die CBG beim Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz erfragen. Sie ergeben ein erschreckendes Bild. Parallel zu den florierenden Müll-Geschäften erhöhte sich in der Dormagener Anlage der Ausstoß von Schwefeldioxid von 24 kg im Jahr 2000 auf 4872 kg (2004). Die Emission von Stickstoffdioxid stieg gar von 58 kg auf über 67 Tonnen, die von Kohlenmonoxid von 7 kg auf 2201 kg. In Leverkusen nahmen die Werte von Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Staub jeweils um das Drei- bis Sechsfache zu, was mit dazu beiträgt, die Stadt zu einem gefährlichen Pflaster zu machen: Die Krebsrate am BAYER-Stammsitz und in Dormagen liegt um das fünffache über der in ländlichen Regionen.

[B]Die Unfälle[/B]

Als ob es noch eines Beweises für die Gefährlichkeit der Müllschlucker bedurft hätte, brach just zum Höhepunkt der Proteste in der Hertener Anlage ein Feuer aus, woraufhin sie ihren Betrieb teilweise einstellen musste. Der letzte große Zwischenfall bei der BAYER-Rückstandsverbrennung ereignete sich im Oktober 2003. Ein Container, der Reste einer Basis-Chemikalie enthielt, erhitze sich auf 120 Grad (Normaltemperatur: 70 Grad). Wegen der Explosionsgefahr sperrte die Feuerwehr das Gelände großflächig ab und unterbrach den Zug-Verkehr auf der Strecke Köln-Neuss. Dann öffnete sie den Container mit Spezial-Werkzeugen und füllte die gefährliche Substanz in einen Auffang-Behälter. Im August 1986 fiel im Krefelder Müllöfen die Abgaswäsche aus, und eine gelbliche Rauchwolke trat aus. Vier Monate vorher gab es eine Explosion in der Leverkusener Abfallbeseitigungsanlage, die Nitrose freisetzte. Kilometerweit konnten die Menschen das Gas riechen. „Die menschliche Nase ist eben ein sehr empfindliches Organ“, kommentierte der damalige Werksleiter Rosahl trocken. Zu diesem Zeitpunkt stand die Anlage noch nicht einmal fünf Jahre wieder - ein großer Knall hatte sie im Juli 1980 größtenteils zerstört.

[B]Das CBG-Engagement[/B]

Wegen dieser Anfälligkeit und der Schadstoff-Ausstöße protestierte die Coordination immer wieder gegen die bestehenden und geplanten Müllöfen von BAYER. Sie unterstützte in den achtziger Jahren die Brunsbütteler Antimüll-AktivistInnen, die der Konzern ausmanövrieren wollte, indem er das Gelände rund um das Baugebiet aufkaufte, um Prozesse von NachbarInnen zu verhindern. Im Januar 1988 reichte die CBG gemeinsam mit anderen Initiativen und den Grünen eine Einwendung gegen den Bau der Dormagener Rückstandsverbrennungsanlage ein. Die UmweltschützerInnen forderten darin eine Begrenzung der Emissionen von Salzsäure, Schwermetallen und anderen gefährlichen Stoffen, bemängelten die unzureichende Sicherung gegen Störfälle und kritisierten die anvisierte Entsorgungskapazität von 50.000 Tonnen im Jahr. „Zur Zeit werden aus Leverkusen, Krefeld und Dormagen zusammen nur etwa 20.000 Tonnen außerhalb der Werke verbrannt“, gab der Grünen-Politiker Harry Kunz zu bedenken und warnte schon damals vor Mülltourismus. Und im Jahr 1990 reiste ein CBGler sogar ins italienische Filago, um den Widerstand der AnwohnerInnen gegen eine BAYER-

Dreckschleuder zu unterstützen.

Dieses Engagement schuf ein Bewusstsein für die Gefahren der aus den Schornsteinen kommenden Rückstände, was zu schärferen Umweltgesetzen führte, die BAYER & Co. zwangen, ihre Anlagen umzubauen. Aus freien Stücken hätte der Konzern niemals in neue Techniken investiert. Der Leverkusener Multi gibt das auch ganz offen zu. „Die Anforderungen der 17. BImSchV (Bundesimmissionsschutz-Verordnung, Anm. SWB) machten Mitte der 90er Jahre eine weitergehende Rauchgasreinigung notwendig“, heißt es beispielsweise in einer BIS-Broschüre. Gegen solche neuen Richtlinien sträubte sich der Konzern stets bis zuletzt. Er ging 1993 sogar so weit, gegen das Abfallgesetz zu klagen und Vorstandsvorsitzende wie Manfred Schneider warnten immer wieder vor „Überregulierungen“.

[B]Abgeordnete unterstützen den Konzern[/B]

Auch jetzt bringt sich der Agro-Riese wieder in Stellung und versucht auf allen Ebenen Einfluss zu nehmen, um sich das schmutzige Geschäft nicht entgehen zu lassen. Er lud zu einem „Tag der Offenen Tür“ in Dormagen ein und wandte sich mit einem Flugblatt an die Bevölkerung. Auf landespolitischer Ebene setzt der Konzern auf seinen ehemaligen Laborleiter Karl Kress, inzwischen Altersteilzeitler. Er ist seit 2000 Landtagsabgeordneter der CDU und hat sich - wen wundert's - besonders der Umweltpolitik verschrieben. „Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn“, tönte Kress zur Überraschung seiner nicht über seinen beruflichen Werdegang informierten KollegInnen im Umweltausschuss. Im Leverkusener Stadtrat hingegen „legte sich niemand so sehr für BAYERs Know-how ins Zeug wie Klaus Naumann, FDP“, schrieb der Leverkusener Anzeiger. Er verstieg sich sogar darin, die Entsorgung zur „ethischen Aufgabe“ zu erheben. Es dürfte für Naumann wohl eher eine berufliche Aufgabe gewesen sein, denn der Chemiker arbeitete lange im Monheimer Pestizid-Zentrum von BAYER.

Der Leiter des BAYER-Stabes „Politik und Umwelt“, Wolfgang Große Entrup, tut derweil in seinem Nebenjob als Chef der Umweltkommission beim CDU-Wirtschaftsrat alles, um Müllgeschäfte in großem Stil zu erleichtern. Das Zauberwort dafür heißt „Entbürokratisierung“. Eine solche für die EU-Abfallverbringungsverordnung einzuleiten, steht für 2007 ganz oben auf der Agenda der industriellen UmweltpolitikerInnen.

Darin wissen sie sich mit dem „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ einig, eine mit VertreterInnen von BAYER und anderen Unternehmen bestückte Institution (siehe SWB 3/06). Diese Quasi-Ausgründung der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik tritt ebenfalls für Lockerungen auf dem Entsorgungssektor ein. Auf offiziellem, mit Landeswappen geschmückten Papier wandten sich die verstaatlichten Konzern-VertreterInnen an Brüssel: „Der „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ erwartet von der EU bei der künftigen Abfall-Strategie und von der Revision der Abfallrahmenrichtlinie, dass der Abfallbegriff auf bewegliche Sachen beschränkt bleibt“. Und die Bundesrepublik betreibt ebenfalls Sprachpolitik und möchte Müll nicht mehr Müll nennen, sondern „Nebenprodukt“ und Rückstandsverbrennungsanlagen wie die Dormagener „Wiederverwertungsanlagen“ - und mit den netteren Worten natürlich auch eine nettere Behandlung verbinden.

[B]NRW Sondermüll-Importland Nr. 1[/B]

Auch für BAYER ist der giftige Abfall made in Australien nichts als eine Ware. „Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und verdienen damit Geld“, so ein BIS-Sprecher. Und das schmutzige Geschäft floriert so gut, dass der Konzern im Jahr 2004 die Brennofen-Kapazität in Dormagen um 19.000 Tonnen auf 75.000 Tonnen erweitern musste. „Für den eigenen Bedarf war diese Kapazitätsausweitung nicht nötig“, gestand der Öffentlichkeitsarbeiter. Die Anlagen von BAYER und anderen Firmen haben sich so zu „Müllstaubsaugern“ (Bärbel Höhn) entwickelt und NRW zum Sondermüll-Importland Nr. 1 gemacht. Von 90.000 Tonnen im Jahr 1997 auf 610.000 Tonnen 2005 stiegen die Zahlen; der „ganz normale“ Müll ist drei Millionen Tonnen schwer. Und wenn die Müllschlucker den Hals nicht vollkriegen können, besteht natürlich auch keine Notwendigkeit für die Industrie, sich auf eine Müllvermeidungsdiät zu setzen. Da ist es höchste Zeit, den Stecker rauszuziehen. Zumindest im Fall der 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol stehen die Chancen für einen umgekehrten Düsenantrieb nicht allzu schlecht, zumal australische UmweltschützerInnen und Müllöfen-Betreiber auf Entsorgungsmöglichkeiten down under verweisen.

Online-Flyer Nr. 88 vom 28.03.2007
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10682>

MAUS - 3.4.2007 um 15:43

[B]Erfolg für Greenpeace bei Metro-Konzern-Pestiziden [/B]

Hamburg NRhZ/GP, 2.4.) Der Metro-Konzern hat Greenpeace mitgeteilt, dass er neue Obergrenzen fuer die Pestizidbelastung in Lebensmitteln festgelegt und ein Programm zur Reduktion der Pestizidbelastung gestartet hat. Metro will demnach in Zukunft nur noch maximal 70 Prozent der gesetzlich zulässigen Pestizidbelastung in seinen Produkten

dulden. Der Konzern droht Lieferanten, die gegen die Standards verstossen, mit der Auslistung. Damit ist die Metro-Gruppe der vierte Lebensmitteleinzelhandels-Konzern, der als Reaktion auf die langjährige Greenpeace-Kampagne gegen Gift im Essen solche Standards einfuehrt. Schon 2006 hatten Lidl und Aldi ähnliche Programme gestartet, im Februar 2007 zog auch die Rewe-Gruppe nach. Es fehlen noch vergleichbare Programme bei Edeka und Kaiser's/Tengelmann.

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

... - 4.4.2007 um 01:29

Ich dachte immer, Metro wäre REWE???

MAUS - 4.4.2007 um 07:59

Nö:

- Metro Cash & Carry, weltweiter Marktführer im Selbstbedienungsgroßhandel
- Real SB-Warenhäuser und Extra Verbrauchermärkte
- Media Markt und Saturn, europaweit führend bei den Elektrofachmärkten
- Galeria Kaufhof, Systemführer im Warenhausgeschäft

(http://www.metrogroup.de/servlet/PB/menu/1000080_11/index.html)

MAUS - 4.4.2007 um 08:34

[B]MON 863: Für Ratten schädlich, für Menschen verträglich?[/B]

Ort: Hamburg, Artikel veröffentlicht am: 13.03.2007, Artikel veröffentlicht von: Sigrid Totz
[B]MON863 stellt ein potientielles Gesundheitsrisiko dar. Das belegt eine Studie französischer Wissenschaftler. Der Gen-Mais des Konzerns Monsanto ist seit Jahren im Gerede, weil er, an Ratten verfüttert, zu Vergiftungssymptomen und Schädigungen von Leber und Nieren führte. In die EU darf er trotzdem als Lebens- und Futtermittel eingeführt werden. Daran halten die EFSA und die nationalen Zulassungsbehörden fest - auch das deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz.[/B]

Durch die Studie der unabhängigen Expertengruppe CRIIGEN (Committee for Independent Research and Genetic Engineering) wird erstmals ein Gesundheitsrisiko für eine bereits zugelassene Gen-Pflanze nachgewiesen. Die vollständige Auswertung wird in den nächsten Tagen online im US-Wissenschaftsmagazin Archives of Environmental Contamination and Toxicology publiziert.

MON863 wird legal in den USA und Kanada angebaut. Für Lebens- und Futtermittel hat er eine Genehmigung in der Europäischen Union, Australien, China, Japan, Korea, Mexiko, den Philippinen und Taiwan. Der Gen-Mais produziert ein Insektengift gegen den schädlichen Maiswurzelbohrer. Er enthält auch ein Resistenzgen für Antibiotika.

Für die Zulassung auf dem europäischen Markt legte Monsanto seine über 1000-seitige Risikobewertung vor. Jedoch nur für den Prüfungsausschuss. Der Konzern hat jahrelang zu verhindern versucht, dass die Daten aus dem Fütterungsexperiment vom Dezember 2002 veröffentlicht werden. Im Juni 2005 gelang es Greenpeace per Gerichtsbeschluss, die Offenlegung der Studie zu erzwingen. Anschließend wurde die über 1000-seitige Studie von CRIIGEN ausgewertet. Die Experten stellten fest, dass der Gen-Mais nach den verfügbaren Daten als nicht sicher bewertet werden kann.

Es gibt erhebliche Mängel in der statistischen Auswertung der Studie, wie sie von Monsanto vorgelegt wurde, sagt Gilles-Eric Seralini von der Universität in Caen, der das französische Wissenschaftlerteam CRIIGEN leitet.

Neben den Schäden an Leber und Nieren wurden auch die Gewichtsveränderungen der Tiere nicht ausreichend untersucht. Weitere wichtige Daten, beispielsweise über Veränderungen des Urins der Tiere, ließ Monsanto unter den Tisch fallen.

Für Christoph Then, Gentechnikexperte bei Greenpeace, zeigt der Fall MON863 exemplarisch das Versagen der nationalen und europäischen Sicherheitskontrollen für Gen-Food auf. Wären die Sicherheitsprüfungen am Flughafen ähnlich schlampig organisiert, könnte auf jedem Flug eine Bombe im Handgepäck mitreisen. Monsanto nutzt die

Schwächen des Systems gezielt, um seine Produkte zur Marktzulassung zu bringen. In Deutschland muss Verbraucherminister Horst Seehofer den Anbau von Gen-Saaten und den Import von Gen-Food jetzt endlich stoppen.

Zusammenfassung der Seralini Rattenstudie:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/Zusammenfassung_Seralini_Rattenstudietudie.pdf

Chronologie MON863:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/greenpeace_chronologieMON863.pdf

[B]Monsanto versucht Risiko seines Gen-Maises zu bagatellisieren[/B]

Ort: Hamburg, Artikel veröffentlicht am: 14.03.2007, Artikel veröffentlicht von: Michael Richter

[B]Der US-Gentechnikkonzern Monsanto versucht das potentielle Gesundheitsrisiko seines Gen-Maises MON863 herunterzuspielen. Wie riskant der Gen-Mais ist, haben wir am Dienstag publik gemacht. Wir haben eine Studie französischer Wissenschaftler vorgestellt. Dort wird auf Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren durch den genmanipulierten Mais bei Ratten hingewiesen. Fakten, die Monsanto natürlich nicht hören will. Wir haben dazu unseren Gentechnik-Experten Christoph Then befragt.[/B]

Greenpeace Online: Gibt es Reaktionen auf die Veröffentlichung der französischen Studie oder verhält die Warnung?

Christoph Then: Das käme Monsanto wohl ganz gelegen - aber in vielen europäischen Ländern wird heute darüber berichtet. Wie zum Beispiel in Frankreich, Griechenland, Schweden, Italien, Ungarn, Dänemark und der Schweiz ist diese neue Studie Thema in den Medien und der Politik.

Greenpeace Online: Doch der Gentechnik-Konzern tut so, als gäbe es nichts Neues ...

Christoph Then: Die Verantwortlichen bei Monsanto stellen die Situation als altbekannt dar. Für sie ergebe sich keine neue Sicherheitslage. Doch sie übersehen, dass es bislang nur die Interpretation aus ihrem eigenen Haus gab. Nun liegt aber eine neue Auswertung aus einer unabhängigen Quelle auf dem Tisch, die völlig neue Ergebnisse bringt und zum ersten Mal die ursprünglich von vielen Wissenschaftlern geäußerten Bedenken wissenschaftlich bestätigt.

Zum ersten Mal werden die statistischen Auffälligkeiten in der Fütterungsstudie klar bestimmten Gesundheitsschäden zugeordnet, wie die Schäden an Leber und Nieren. Monsanto wird das nicht mehr wegreden können. Jeder kann nachvollziehen, wie die französischen Forscher zu ihrer Auswertung gelangt sind. Da gibt es keine Geheimniskrämerei wie bei Monsanto selbst.

Greenpeace Online: Monsanto hatte die Fütterungsstudie den EU-Zulassungsbehörden vorgelegt, musste von uns aber erst gerichtlich gezwungen werden, sie herauszurücken. Welche Folgen werden die neuen Fakten für die bereits erfolgte EU-Zulassung des Gen-Maises MON863 haben?

Christoph Then: Die EU wird jetzt noch einmal prüfen müssen. Das ganze Verfahren muss nochmal aufgerollt werden.

Bei der Gelegenheit sollte man sich auch Gedanken über die anderen in der EU zugelassenen Gen-Pflanzen machen. Viele von denen sind noch schlechter als MON863 untersucht worden. Trotz fehlender Sicherheitsergebnisse sind sie aber zugelassen worden. So darf beispielsweise der umstrittene Gen-Mais MON810 in Deutschland angebaut werden. Auch dieser Mais zeigt Auffälligkeiten im Tierversuch, wie diese zu bewerten sind, ist abschliessend nicht geklärt worden.

Greenpeace Online: Was heißt das denn für den Verbraucher?

Christoph Then: Der Verbraucher sollte sich nicht von Monsanto einlullen lassen. Der Konzern und leider auch die Vertreter mancher Behörden versuchen Sicherheit vorzugaukeln, obwohl in Wahrheit gar nicht wirklich geprüft wird. Zum Glück ist der Verbraucher in Europa im Moment nicht direkt bedroht, weil Gen-Mais derzeit eher als Tierfutter eingesetzt wird.

Greenpeace Online: Was sind die nächsten Schritte?

Christoph Then: Bislang gibt es von Seiten der Bundesregierung keine qualifizierten Aussagen zur neuen Studie. Wir halten insbesondere eine Stellungnahme von Bundesverbraucherminister Seehofer für dringlich. Die EU sieht für derartige

Situationen die Möglichkeit eines nationalen Importstopps vor.

Reaktionen erwarten wir aber auch aus der Wirtschaft. Es werden sich wohl in Zukunft noch deutlich mehr Produzenten um gentechnikfreie Futtermittel kümmern. Auch eine große Molkerei wie Campina mit ihrer Marke Landliebe muss sich die Frage gefallen lassen, ob ihre Weigerung sich hier eindeutig zu positionieren, richtig war.

Greenpeace Online: Was muss jetzt geschehen?

Christoph Then: Wir brauchen einen EU-weiten Anbau- und Zulassungsstop, MON863 sollte sofort vom Markt genommen werden.

Greenpeace Online: Christoph, vielen Dank für das Gespräch!

[B]EU versagt darin, Bürger vor riskanten Lebensmitteln zu schützen[/B]

Artikel veröffentlicht am: 26.03.2007, Artikel veröffentlicht von: Lena Kirschenmann

[B]MON863, der Gen-Mais des Konzerns Monsanto, kann die Gesundheit gefährden. Statt sofort Maßnahmen zu ergreifen, um seine Verbreitung zu verhindern, fordert die EU-Kommission eine Untersuchung der Problematik durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Diese gibt an, einige Wochen zu benötigen, um der Kommission eine fundierte Antwort geben zu können.[/B]

Vergangene Woche veröffentlichte Greenpeace eine Studie, die belegte, dass der Gen-Mais MON863 ein Gesundheitsrisiko darstellen kann. An Ratten verfüttert führt er zu Vergiftungssymptomen und Schädigungen von Leber und Nieren. Bisher darf er trotzdem als Lebens- und Futtermittel in der EU verwendet werden. Das Eingeständnis der EFSA weitere Forschungen anstellen zu müssen, kommt einem Geständnis gleich, dass ihre vorherigen Tests - und damit die Standards der EU - nicht ausreichend waren.

Das Problem ist, dass alle Pflanzen, die in der EU zugelassen wurden, ähnlich schlecht geprüft worden sind wie MON863, sagt Christoph Then, Gentechnik-Experte von Greenpeace. Die EU-Kommission und die Mitgliedsländer müssen deswegen sofort Maßnahmen ergreifen, um Vermarktung und Anbau von Gen-Pflanzen zu stoppen. Jetzt muss der Schutz von Umwelt und Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

<http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/>
